

FlüchtlingsRAT NRWe.V.

Newsletter **Dezember 2014**

Liebe Leserinnen und Leser!

Das Jahr 2014 neigt sich dem Ende zu. Fremdenfeindliche Anschläge und rechte Hetzkampagnen gegen Schutzsuchende, Misshandlungsfälle in nordrhein-westfälischen Flüchtlingsunterkünften und ein neuer „Asylkompromiss“, der durch die Zustimmung der baden-württembergischen Grünen im Bundesrat zustande kam – für alle, die sich in der Flüchtlingsarbeit engagieren, waren es bewegte und bisweilen sicherlich anstrengende Monate. Deshalb wünschen wir all unseren Leserinnen ein erholsames Jahresende und viel Kraft für die Herausforderungen, die das Jahr 2015 mit sich bringen wird. Wenn Ihr unseren Newsletter nicht mehr erhalten möchtet, schickt uns bitte eine E-Mail an [initiativen\(at\)fnrw.de](mailto:initiativen(at)fnrw.de).*

Flüchtlingsaufnahmestellen in NRW überbelegt

Wie in vielen anderen Bundesländern gibt es zurzeit auch in NRW immer wieder Schwierigkeiten bei der Aufnahme neu eintreffender Flüchtlinge. Regelmäßig kommt es seit Herbst 2012 zu Engpässen in den Aufnahmestellen des Landes, sodass Flüchtlinge in behelfsmäßig eingerichteten Notunterkünften nächtigen müssen oder in ausrangierten Turnhallen untergebracht werden. Mitte November hat das zuständige Ministerium für Inneres und Kommunales nun konkrete Zahlen vorgelegt. Demnach kamen zum Stichtag 14. November auf 6.400 Flüchtlinge 6.200 Aufnahmeplätze. Diese Zahlen vermitteln den Eindruck, dass es sich bei der Überbelegung der Aufnahmestellen um ein überschaubares Problem handelt. Allerdings variiert die Situation in den einzelnen Aufnahmestellen stark. Während die Aufnahmekapazitäten an einigen Standorten wie Neuss oder Unna noch nicht vollständig aus-gereizt wurden, haben die Einrichtungen in Rütten und Bad Salzuflen mehr als doppelt so viele Flüchtlinge aufgenommen wie eigentlich vorgesehen. Außerdem geht das Ministerium davon aus, dass die Flüchtlingszahlen auch im kommenden Jahr weiter steigen werden. Innenminister Ralf Jäger kündigte daher an, dass in Bonn, Duisburg, Marienheide, Monschau und Willich kurzfristig neue Aufnahmestellen entstehen sollen. Außerdem werden die Aufnahmekapazitäten in einigen der bestehenden Einrichtungen ausgebaut. Im Laufe des nächsten Jahres sollen dann zwei weitere Einrichtungen in Mönchengladbach und Essen entstehen. Ziel sei es, die Aufnahmekapazitäten des Landes auf 10.000 Plätze zu erhöhen.

Für die Erstaufnahme neu eintreffender Flüchtlinge sind die Bundesländer zuständig. Bis zu drei Monate lang sollen die Schutzsuchenden in einer der Aufnahmeeinrichtungen unterkommen, bevor sie auf die einzelnen Kommunen verteilt werden. Zählt man die in den letzten Jahren entstandenen

Notunterkünfte hinzu, so verfügt das Land Nordrhein-Westfalen mittlerweile über 23 solcher Einrichtungen.

Gericht schützt serbische Roma vor Abschiebung

Mitte September beschlossen Bundestag und Bundesrat eine Gesetzesänderung, mit der Serbien, Mazedonien und Bosnien-Herzegowina zu sicheren Herkunftsländern erklärt wurden. Asylanträge von Flüchtlingen aus diesen Staaten werden in der Regel als „offensichtlich unbegründet“ abgelehnt, die Antragstellerinnen innerhalb kürzester Zeit abgeschoben. Das Verwaltungsgericht Münster hat nun Ende November die Abschiebung einer serbischen Staatsbürgerin, die der Minderheit der Roma angehört, vorläufig gestoppt und Zweifel an der Einstufung Serbiens als sicherem Herkunftsstaat geäußert. Es bestünden „ernstliche Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Abschiebungsandrohung“, die das zuständige Bundesamt für Migration und Flüchtlinge erlassen hatte. Das Gericht stützt seine Entscheidung vor allem auf Berichte, nach denen die serbischen Behörden immer wieder versuchen, Roma an der Ausreise zu hindern. Flüchtlings- und Menschenrechtsorganisationen hatten die Entscheidung des Gesetzgebers, die drei Balkanländer als „sichere Herkunftsstaaten“ zu klassifizieren, von Beginn an scharf kritisiert. Insbesondere Angehörige ethnischer Minderheiten würden dort immer wieder mit Ausgrenzung und Diskriminierung konfrontiert.

Der Westen: NRW-Gericht zweifelt am Asylkompromiss (28.11.2014)

Verwaltungsgericht Münster: Beschluss 4 L 867/14.A (27.11.2014)

Weiterhin Abschiebungshaft im westfälischen Büren

In der Justizvollzugsanstalt im westfälischen Büren sollen im kommenden Jahr wieder Abschiebehäftlinge untergebracht werden. Das hat das nordrhein-westfälische Innenministerium Ende November in einer Pressemitteilung bekannt gegeben. Ende Juli waren die rund 30 verbliebenen Abschiebungshäftlinge aus der dortigen Justizvollzugsanstalt entlassen worden, nachdem der Bundesgerichtshof festgestellt hatte, dass der Vollzug der Abschiebungshaft in Büren aufgrund der gemeinsamen Unterbringung von Abschiebungshäftlingen und Strafgefangenen gegen europäisches Recht verstoße. Nach Angaben des Innenministeriums plant das Land daher nun, „eine dem europäischen Recht entsprechende Einrichtung zur Unterbringung von Abschiebungshäftlingen zu schaffen“. Der Strafvollzug in der Justizvollzugsanstalt Büren werde im Laufe des ersten Halbjahres 2015 eingestellt. Wenngleich Innenminister Jäger erneut versicherte, „die Haftbedingungen so human wie möglich auszugestalten“, reagierten Flüchtlingsinitiativen enttäuscht auf die Ankündigung des Ministeriums. Der Flüchtlingsrat NRW fordert bereits seit Jahren, die Abschiebungshaft vollständig abzuschaffen.

Ministerium für Inneres und Kommunales NRW: Land plant Einrichtung in Büren (26.11.2014)

Innenministerkonferenz entscheidet über afghanische Flüchtlinge

Die Innenministerinnen von Bund und Ländern werden auf ihrer Konferenz am 11. und 12. Dezember in Köln unter anderem über die „abschiebungsrelevante Sicherheitslage“ in Afghanistan diskutieren. Für geduldete Flüchtlinge könnten diese Gespräche nach Einschätzung von PRO ASYL im besten Fall einen Abschiebungsstopp und ein Leben in Sicherheit mit einer Integrationsperspektive bedeuten, im schlechtesten Fall Kettenduldungen und vermehrte Abschiebungen. Denn trotz der katastrophalen Versorgungs- und Sicherheitslage konnten sich die Innenminister bisher nicht auf einen Abschiebungsstopp einigen. Asylanträge von Afghaninnen wurden durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge immer wieder abgelehnt, da insbesondere die Hauptstadt Kabul als ausreichend sicher angesehen wird. Dabei wurden allein im Jahr 2013 in Afghanistan knapp 3000 Zivilistinnen getötet. Mit dem weitgehenden Abzug der ISAF-Truppen droht sich die Lage nochmals zu verschlechtern. Auch die Versorgungslage sei katastrophal, so PRO ASYL. Über ein Drittel aller Kinder seien unterernährt, es fehle an ausreichend qualifiziertem medizinischen Personal und bezahlbaren Medikamenten. Die Zahl der Rückkehrerinnen aus den Nachbarstaaten ist aufgrund der verschlechterten Sicherheits- und Versorgungslage zuletzt erheblich zurückgegangen. Trotzdem leben zehntausende zurückgekehrte Afghaninnen bereits seit Jahren in Slums und Zeltstädten vor den Toren Kabuls. Neben der allgemeinen Gefahr durch Bürgerkrieg und Mangelversorgung sind auch Zwangsrekrutierungen durch die Taliban und das boomende Geschäft mit Entführungen insbesondere für Abgeschobene eine Bedrohung.

PRO ASYL: Abschiebung oder Bleiberecht? (26.11.2014)

Innenminister will Auffanglager an Europas Außengrenzen

In einem Interview mit dem ZDF-Morgenmagazin hat sich Bundesinnenminister Thomas de Maizière für die Einrichtung von „Willkommens- und Ausreisezentren“ an den Außengrenzen Europas ausgesprochen. „Der UNHCR, das Weltflüchtlingswerk der UNO, könnte sie betreiben, um dann zu entscheiden, wer geht zurück und wer kommt nach Europa“, so de Maizière wörtlich. Bei der Flüchtlingsorganisation PRO ASYL stieß der Vorstoß des Innenministers auf scharfe Kritik. Auffanglager, die nur wenigen Flüchtlingen eine Perspektive bieten, könnten Schutzsuchende nicht davon abhalten, in seeuntüchtigen Booten nach Europa aufzubrechen. Außerdem könnten Flüchtlinge in Auffanglagern keine anwaltliche Unterstützung hinzuziehen oder gegen eine negative Asylentscheidung klagen. Angesichts der geringen Bereitschaft zahlreicher europäischer Staaten, Flüchtlinge aufzunehmen, sei es zudem selbst im Fall einer Anerkennung höchst fraglich, ob alle Flüchtlinge einen Aufnahmestaat finden.

PRO ASYL: Auffanglager für Flüchtlinge in Nordafrika? (12.11.2014)

Terminankündigungen

05.-07.12.2014: Asylpolitisches Forum 2014. Evangelische Akademie Villigst, Iserlohner Str. 25, Schwerte.

Weitere Informationen unter www.evka.de

08.12.2014: Vortrag „Vertreibung und Flucht der Eziden“. 19.00 Uhr, Kulturzentrum Bahnhof Langendreer, Wallbaumweg 108, Bochum.

Weitere Informationen unter www.fnrw.de

13.12.2014: Workshop „Netzwerkarbeit erfolgreich gestalten“. 10.30 Uhr, Geschäftsstelle des Flüchtlingsrats NRW, Wittener Str. 201, Bochum

Weitere Informationen unter www.fnrw.de

Weitere Terminhinweise, flüchtlingspolitische Nachrichten und Informationen über unsere Arbeit findet Ihr auf unserer Homepage www.fnrw.de und auf unserer Facebook-Seite <http://www.facebook.com/FluechtlingsratNRW>.

* Der Vorstand des Flüchtlingsrats NRW hat beschlossen, künftig in allen Publikationen des Vereins das generische Femininum zu verwenden. Das bedeutet, dass wir in Fällen, in denen das biologische Geschlecht der bezeichneten Personen oder Personengruppen nicht feststeht oder keine für das Verständnis der Aussage relevante Bedeutung hat, ausschließlich die weibliche Bezeichnung verwenden.

Flüchtlingsrat NRW e.V. – Wittener Straße 201 – 44803 Bochum

www.fnrw.de

V.i.S.d.P.: Birgit Naujoks, c/o Flüchtlingsrat NRW e.V., Wittener Straße 201, 44803 Bochum